

Dokumentation Werkstattgespräch

Online über Arbeitsrechte informieren.

Konzeptentwicklung einer Website für Rider:innen

14. Mai 2025, 10:00 bis 13:00 Uhr

Die geltenden Rechte zu kennen, ist eine Voraussetzung dafür, die eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das entsprechende Wissen ist jedoch nicht immer leicht zugänglich. In der Branche der Lebensmittel- und Essenslieferdienste kommen besondere Herausforderungen hinzu, die es erschweren, über fundamentale Rechte aufzuklären und auf ihre Einhaltung hinzuwirken. Niedrigschwellige Angebote, die die spezifischen Bedarfe der Fahrer:innen berücksichtigen, sind bisher rar. Ein **leicht erreichbares Online-Angebot in Form einer Website erscheint als ein gutes Instrument, um grundlegende Arbeits- und Sozialrechte in Deutschland bekannt zu machen und über Möglichkeiten ihrer Durchsetzung zu informieren.**

In diesem Werkstattgespräch haben wir die Überlegungen, die in der Projektarbeit und im Austausch mit Rider:innen entstanden sind, vorgestellt, konkretisiert und erweitert, um das Spektrum der relevanten Themen und Erfahrungen aus der Praxis angemessen zu erfassen. Anwesend waren Lieferdienst-Kurier:innen, Vertreter:innen der Gewerkschaft, Arbeitsrechtsexpert:innen und -berater:innen, Menschen, die sich forschend mit Lieferdiensten und Plattformarbeit beschäftigen, sowie solche, die sich mit Fragen der Arbeits- und Verkehrssicherheit bzw. Unfällen beschäftigen. **Wir danken allen Teilnehmenden herzlich für die vielen Anregungen und die aktive Beteiligung an der sehr produktiven Diskussion!**

Einen **Einstieg** in das Problemfeld Arbeitsrechte und Lieferdienste bot uns **Aju John**, der zu Lieferdiensten forscht und tiefe Einblicke in den Arbeitsalltag der Rider:innen genommen hat. Er betont, dass **Plattformarbeit** nicht – wie häufig angenommen wird – etwas völlig Neues ist. Es gibt immer **Berührungspunkte zu anderen Branchen und Arbeitsformen, und dementsprechend auch ähnliche Probleme**, z. B. zu Arbeitszeit, Löhnen, Tarifverhandlungsrechten, Kündigungsschutz, Gesundheit und Sicherheit und Gleichbehandlung. Bei Lieferdiensten ist jedoch angesichts der gegenwärtigen Situation insbesondere zu beachten: **Die Arbeitsbedingungen stehen im Schatten der Form des Arbeitsverhältnisses und des Visumstatus**, denn die meisten Kurier:innen in Berlin stammen heute aus Südostasien und ihr Aufenthalt ist bedingt durch ihre Beschäftigung. Zudem sind Unterschiede in den Arbeitsbedingungen zwischen den Lieferdienst-Anbietern festzustellen, wobei bei Subunternehmen (sog. Fleetpartnern) Arbeitsrechtsverletzungen häufiger zu beobachten sind.

In der Diskussion wird daran anschließend auf die **Herausforderungen zur Durchsetzung der eigenen Rechte** eingegangen. Einen vielversprechenden Ansatz, so ein Teilnehmer, biete das **Arbeitsschutzkontrollgesetz** (vgl. dazu auch die [Dokumentation des Werkstattgesprächs vom 24.10.2024](#)), das ausgeweitet werden könne. Auch die Idee einer Akkreditierung von Subunternehmen, die bei

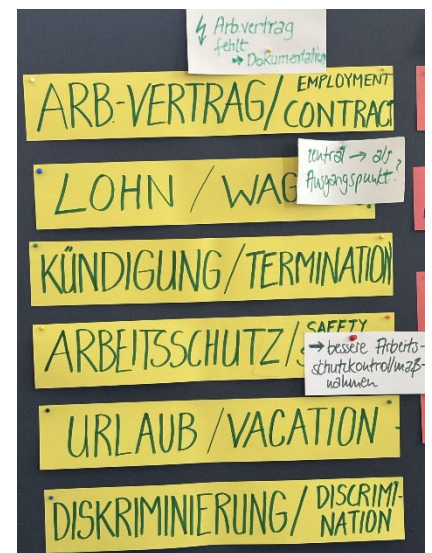
Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Paketlieferdiensten durch das Paketboten-Schutz-Gesetz etabliert wurde, sei ein möglicher Ansatzpunkt, um Schwarzarbeit, Sozialleistungs- und Sozialversicherungsbetrug zulasten der Beschäftigten zu verhindern. Zu bedenken sei auch, so ein anderer Teilnehmer, dass durch das **Fehlen von Betriebsräten** in den Subunternehmen zentrale und essentielle Wege der Mitbestimmung wegfallen. Die Gründung von Betriebsräten in den Subunternehmen wird als recht aussichtslos eingeschätzt – dies hat auch Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit in diesem Feld, die kreativ auf die neuen Herausforderungen und Konstellationen reagieren müsse.

Der folgende Input durch Dr. Sonja Engel erläutert die **bisherigen Ideen zu Konzeption und Inhalten der Website über Arbeitsrechte für Rider:innen**, die die im Projekt Joboption Berlin entstandene Website nogo.berlin erweitern soll. Auf nogo.berlin werden anhand von häufigen Fragen von Beschäftigten **rechtliche Mindeststandards** erklärt sowie **Hinweise auf Beratungsstellen** gegeben. Es werden darüber hinaus

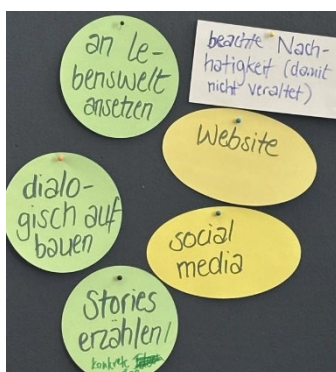
Vorlagen zur Verfügung gestellt, die von Beschäftigten genutzt werden können (z. B. zum Thema Lohnverzug, Arbeitszeiterfassung, Auskunft über die Meldung bei der Sozialversicherung). Angelegt sind zudem GIF-Bilder, die über soziale Medien verschickt werden können und durch ihre Verbreitung für die Rechte von Beschäftigten sensibilisieren sowie über diese aufklären.

Aufgenommen wurde in diesem Input zudem ein Verweis auf die Website [#SueYourBoss](https://www.sueyourboss.com/), die von Rider:innen im Zuge der Proteste bei dem inzwischen in Deutschland nicht mehr agierenden Schnelldienst Gorillas aufgesetzt wurde. Auch hier war die Ausgangsidee, Rider:innen Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen.



In der anschließenden Diskussion wurden einige **Eckpunkte, die aus Sicht der Teilnehmenden für die Konzeption der Website relevant sind**, genannt. So sollten die **Grundlagen des deutschen Systems** zur Rechtsdurchsetzung dargestellt werden, die Bedeutung von Gewerkschaften und kollektiver Aus- handlung ebenso wie die Möglichkeiten individuumsbezogener Prozesse. Ein etwas kontroverses Ge- spräch ergab sich bezüglich der **Informationsdichte bzw. -tiefe**: Während

einige davor warnten, mit genauen Wortlauten des Arbeitsrechts und der Angabe von Paragraphen zu arbeiten, weil dies zu Fehlinterpretationen der Rechtslage durch die Nutzer:innen der Website führen könne, betonten andere, dass gerade eine Angabe z. B. von Paragraphen die Betroffenen ermäch- tige und motiviere, ihre Rechte durchzusetzen. Gerade angesichts der rela- tiv hohen **Skepsis von mehrfach prekarierten Menschen** gegenüber öf- fentlich geförderten Beratungsstellen und teilweise auch gegenüber Ge- werkschaften gelte es, die Rider:innen in ihrer eigenen Urteilsfähigkeit zu



Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

stärken. Einig war man sich darin, dass der Eindruck, es handle sich bei dem Angebot um eine Rechtsberatung, vermieden werden muss und eine Verweisberatung sinnvoll ist.

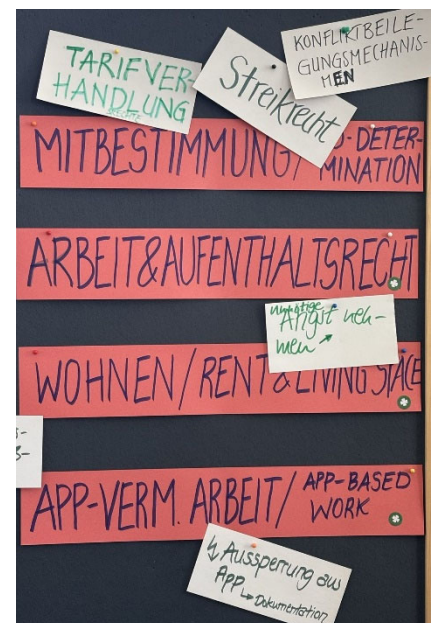
Mehrere Punkte bezogen sich darüber hinaus auf die Form der Informationsdarreichung. Betont wurde hier, dass auf eine **Ansprache und die Nutzung von Begriffen** geachtet werden sollte, die der Lebenswelt der Beschäftigten entspricht; ein **dialogischer Charakter** senke die Zugangsschwellen, auch das **Storytelling** und **Testimonials** (z. B. von Erfolgen der Rider:innen) hätten sich als hilfreich erwiesen, um Personen für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema zu interessieren. Diese könnten auch auf den **sozialen Medien** verbreitet werden und damit der Bewerbung des Angebots dienen.

Im zweiten Teil des Workshops drehte sich die Diskussion zunächst um die Fragen: **Was fehlt bei den bisherigen Angeboten oder welche Themen müssen besonders betont werden?**

Besondere Relevanz haben demnach die Themen Arbeitsschutz und -unfall, Kündigungen und Aufhebungsverträge, Lohnfragen, Rechtsschutzfragen, Arbeit, Studium und Aufenthaltsrecht.

Deutlich angesprochen werden sollten auch die **Risiken**, die bereits aus dieser Branche bekannt sind, wie z. B. die Folgeprobleme bei Scheinselbstständigkeit und mögliche Probleme bei Betriebsratsgründungen. Außerdem gilt es, auf die spezifischen Bedingungen hinzuweisen, die sich durch die **Vermittlung der Arbeit über eine App** ergeben: Die u. U. fehlerhafte Leistungsbemessung und Arbeitskontrolle über die App, aber auch die sog. Aussperrung aus der App, die zu einem Verlust aller wichtigen Dokumente wie Arbeitsvertrag, Arbeitszeiterfassung etc. führen kann. In diesem Zusammenhang ist eine **Sammlung von Praktiken**, sich zu schützen, empfehlenswert, wie z. B. die Erstellung von Screenshots. Auch eine **Sammlung von Indikatoren für ein hohes Prekaritätsrisiko** in Form von Fragen böte sich an, das mit einem Fließdiagramm kombiniert werden kann.

Wichtig ist, eine gut ausgewählte **Sammlung von Beratungsangeboten** zur Verfügung zu stellen, nicht zuletzt auch zu den Agenturen für Arbeit, um den Rider:innen einen Wechsel in eine weniger prekäre Beschäftigung zu erleichtern – schließlich sind einige der Rider:innen bereits ausgebildete Fachkräfte und könnten mit entsprechender Unterstützung auch in anderen Arbeitsfeldern ihren Platz finden.



Mit diesen reichhaltigen Ergebnissen wird sich das Team von Joboption Berlin nun an die weitere Ausarbeitung machen.

Das Projekt „Joboption Berlin“ wird gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.